

VIII.

Magdeburg, 12. Mai 66.

Gott hat Sie bewahrt, verehrter Freund, vor der Kugel des 12. 5. 1866. Muehlmörders.

Mein Dank für diese Gnade sei, daß ich Gott bitte, Sein heiliges Gesetz und die Erkenntniß Seines Willens tief einzusenken in Ihr Gewissen und durch Sie in des Königs und unsres Vaterlandes Gewissen.

Bewahren Sie Preußen vor einem ungerechten Kriege, vor einem Kriege, der selbst, wenn wir siegen, uns mit schwerem Verderben bedroht.

Das freundliche Vertrauen, welches Sie mir in den letzten Jahren gewährt haben, zwingt mich, so zu Ihnen zu reden. Sie wissen, daß Ihnen alles irdische und ewige Heil wünscht

Ihr alter Freund

Ich lege Ihnen mein Friedenswort bei.¹⁾ L. v. Gerlach.

Beilage.

Preußen und Oesterreich erklären förmlich vor aller Welt, daß sie einander nicht angreifen wollen.

Der Kaiser hat „sein Wort dafür verpfändet, daß Oesterreich keinen Angriff im Sinne habe“, und „eben so klar und bündig“ hat der König „sein Wort gegeben“, daß seinen Absichten nichts ferner liege, als ein Angriffskrieg gegen Oesterreich.“²⁾

Niemand hat ein Recht, diese Versicherungen Lügen zu strafen, weder nach der einen noch nach der andern Seite hin. Unter Anrufung der Majestät des ewigen Königs haben 1815 Preußen und Oesterreich, beide sieggetrönt in der gerechtesten Sache, ihre Kronen und ihre Regierungen dem heiligen Willen und Gebote Gottes feierlich untergeordnet vor den Augen der befreieten Christenheit durch die heilige Allianz. Diese hat nun ein halbes Jahrhundert hindurch unter den Deutschen Mächten und mit verhältnißmäßig wenigen Ausnahmen in Europa den Frieden aufrecht erhalten.

Hüten wir uns vor der scheußlichen Irrlehre, als umfaßten Gottes heilige Gebote nicht auch die Gebiete der Politik, der Diplomatie und des Krieges, und als hätten diese Gebiete kein höheres Gesetz als patriotischen Egoismus.

¹⁾ Krieg und Bundes-Reform. Vom Verfasser der Rundschau. Separat-Abdruck aus der Neuen Preussischen Zeitung. Berlin (F. Heinicke) 1866. Ich theile die kleine Schrift, die jetzt nur schwer zugänglich ist, in der Beilage mit.

²⁾ Vergl. die Noten Preußens und Oesterreichs vom 15. und 7. April in der Kreuzzeitung vom 19. und 17. April.

12. 5. 1866.

Justitia fundamentum regnorum.

Die Freiheit, Macht und Ehre Deutschlands wird an seiner verundbarsten Stelle verletzt, wenn so theuren und feierlichen Versicherungen seiner erhabensten Herrscher der Glaube versagt wird.

Niemals hat König Wilhelm in seinem langen Leben den Charakter eines friedliebenden Herrschers verläugnet. Er kann seines ehrwürdigen Herrn Vaters letzten Willen nicht vergessen, der Frieden und Einigkeit mit Oesterreich empfiehlt als eine Grundmaxime für die Regierung Preußens.

Es ist wohl nicht nöthig, erst noch daran zu erinnern, daß von dem Könige von Preußen die Rede ist und nicht von dem Grafen Bismarck, welcher nur das Organ des Königs gewesen ist, sein königliches Wort Oesterreich mitzutheilen.

Oesterreich aber wird durch seine besten Interessen abgemahnt vom Kriege. Es ist in schwere innere Verfassungskrisen verwickelt, und seine Finanzen fordern gebieterisch Frieden. Man spricht zwar von Bankerutt und Assignaten nach dem Vorbilde des Convents in Paris im Jahre 1793, als von einem Mittel, aus den Verfassungskrisen herauszukommen und zugleich Krieg zu führen. Aber dem Convent stand die Guillotine zu Gebote, welche die Häupter vieler Tausende mit Einschluß des Königs und der Königin traf. Es ist nicht glaublich, daß Oesterreich unter solchen Umständen Krieg anfangen will gegen das wohlgerüstete Preußen und — was dann fast unvermeidlich — zugleich gegen die lauende Italienische Revolution. Die traditionell-conservative Oesterreichische Politik müßte plötzlich umgesprungen sein in ihr äußerstes — wahnwitziges — Gegentheil.

Aber die Oesterreichischen Rüstungen?

Diese sind vollkommen erklärlich als Defensiv.

Seit Gastein — und noch vor irgend einer Differenz mit Preußen — ist Oesterreich in den Erbherzogthümern in einer politisch und militärisch nachtheiligen Stellung. Jeder unerwartete Bruch mit Preußen läßt den Oesterreichischen Truppen in Holstein kaum eine andere Wahl als Flucht oder Gefangenschaft, und Holstein — jetzt der nächste Streitgegenstand — viele Preußen ohne Weiteres in die Hände.

Alle annexionistische Stimmen bedrohen Holstein.

„Machtentfaltung“, „Machterweiterung“ Preußens wird in den Preussischen conservativen Blättern jetzt lauter als je gefordert, auch in solchen Blättern, deren Verbindungen mit der Regierung vorausgesetzt und nicht geläugnet werden, mit specieller Beziehung auf die Herzogthümer. Äußerungen solcher Blätter können nicht mit derselben Geringschätzung behandelt werden, welche gewissenlose politische Kannegießer mit Recht trifft. Daß Preußen berufen ist, seine Macht zu entfalten, und dies bisher nicht hinlänglich gethan hat, ist eine Wahrheit, die unten noch näher betrachtet werden wird. Allein je unwidersprechlicher dieser Beruf ist, desto natürlicher ist es, daß Oesterreich erwägt, auf wessen Kosten diese Machterweiterung stattfinden und wie weit sie getrieben werden soll.

Nach der für Preußen verbindlichen Bundesverfassung würden 12. 5. 1866. Differenzen wie die über Holstein nicht durch Krieg, sondern durch Vermittelung des Bundes zu entscheiden sein. Es mag sein, daß dieser Weg unmöglich ist, wenn einmal Preußen und Oesterreich unheilbar entzweit sind. Allein diese Unmöglichkeit stellt um so heller die Nothwendigkeit gütlicher Vereinbarung und, als Vorbereitung dazu, friedfertiger Gesinnung ins Licht. Es ist nicht bekannt geworden, welchen Vergleich über die Herzogthümer Preußen proponirt. Bundesreform aber und Parlament auf Grund des allgemeinen Stimmrechts schweben mit so unbestimmten Umrissen und zweifelhaftem Erfolge in dunkler Zukunft, daß man Oesterreichs friedlichen Versicherungen nicht deshalb mißtrauen darf, weil es auf alle Eventualitäten sich vorbereitet.

Es tritt hinzu, daß Oesterreich in seinem Italienischen Besiz unausgesetzt bedroht ist von der Regierung und von den revolutionären Parteien des Königreichs Italien. Keine Regierung und keine nennenswerthe Italienische Partei hat bisher gesagt, oder auch nur angedeutet, daß sie Venetien anders als nur vorläufig als Oesterreich gehörig anerkenne, und Napoleon der Dritte hat sein Wort: „Frei bis zur Adria“ nie zurückgenommen. Er kann es auch nicht zurücknehmen, ohne mit den Traditionen seines Oheims und den Erinnerungen seiner eigenen Jugend zu brechen. Man kann es daher als gewiß, mindestens als höchst wahrscheinlich ansehen, daß ernstliche Verwickelungen Oesterreichs mit Preußen Angriffe Italiens, — sei es der Italienischen Regierung oder der Italienischen „Action“-Partei — auf Venetien zur Folge haben würden, wenn, was zweifelhaft ist, der Lehnherr in Paris die Zügel nicht straff anzöge. Unter diesen Umständen ist für Oesterreich reichliche Veranlassung zu defensiven Rüstungen in Venetien vorhanden. In der Note vom 26. Januar d. J. ¹⁾ bezeichnet zwar Preußen — mit vollem Rechte — „die Revolution als den gemeinsamen Feind“ Preußens und Oesterreichs und sagt, in den Tagen von Gastein habe Preußen geglaubt, „über die Nothwendigkeit und den Plan des Kampfes gegen die Revolution mit Oesterreich einig zu sein.“ Allein Preußen ist doch mit dem Königreich Italien — dessen Politik, namentlich in Beziehung auf Venetien, von der Revolution schwer oder gar nicht zu trennen ist, — in besonders freundliche Verhältnisse getreten, in Verhältnisse, die nach manchen Andeutungen eine Art Solidarität Preußens und Italiens Oesterreich gegenüber in Aussicht stellen. In der conservativen Presse Preußens ist der frühere Abscheu gegen König Victor Emanuel völlig oder fast völlig verstummt. Ob Garibaldi und sein glänzender Empfang in England jetzt noch so viel conservative Entrüstung hervorgerufen würde, wie damals, wird möglicherweise eine nahe Zukunft lehren.

¹⁾ Bgl. Kreuzzeitung vom 10. April.

12. 5. 1866.

Italiens Stellung würde selbst dann noch als aggressiv und Oesterreichs als defensiv gelten müssen, wenn Oesterreich aus militärischen oder politischen Gründen die Grenze am Mincio überschritte. Denn nicht davon hängt der offensive oder defensive Charakter der Haltung einer Macht ab, ob sie mit ihren Streitkräften innerhalb ihrer Grenzen bleibt, sondern von dem wesentlichen Inhalt ihrer Absichten. Oesterreichs Krieg von 1869 war und blieb ein Defensivkrieg, obgleich es zuerst über den Tessin ging, und wurde als ein Defensivkrieg von Preußen — welches in diesem Sinne rüstete — und von Deutschland anerkannt.

Dies Alles zusammengenommen erklärt hinlänglich die Oesterreichischen Rüstungen, namentlich die in Venetien, ohne daß man dem „verpöndeten Worte“ des Kaisers zu mißtrauen und schon an sich so höchst unwahrscheinliche, aggressive Absichten Oesterreichs anzunehmen hat.

Aber Oesterreich begünstigt doch in Holstein „die revolutionären Bestrebungen des „sogenannten Kieler Hofes“ und sieht „der Umwandlung des conservativen Holstein in einen Herd revolutionärer Bestrebungen ruhig zu“. So die schon erwähnte Preussische Note vom 26. Januar.

Erinnern wir uns zunächst der Thatfachen. Es wäre unglaublich, wenn man es nicht immer wieder erführe, wie rasch man vergißt, nicht allein was man erlebt, sondern auch was man selbst gemeint, gesagt und gethan hat.

Als König Friedrich der Siebente 1863 starb, wurde in wenigen Tagen fast ganz Deutschland Augustenburgisch, in einem ähnlichen Grade, wie Deutschland im März 1848 auf das Signal aus Paris revolutions-trunken wurde. Der Verfasser dieses Aufsazes hat gleich damals öffentlich und wiederholt darauf hingewiesen, daß Augustenburg seinen ohnehin sehr zweifelhaften Ansprüchen in bester Form Rechens entsagt hat unter Vermittlung Preußens, dessen Organ für diese Verhandlungen der jezige Graf Bismarck war, daß mithin Augustenburg kein Recht an Schleswig-Holstein mehr hat, daß die fünf Großmächte durch den Londoner Vertrag von 1852, als ein gutes Werk der damaligen conservativen Reaction, die Succession in den Herzogthümern definitiv und rechtsgültig festgestellt hatten, und daß die Augustenburgische Bewegung von 1863 denselben revolutionären Charakter wie der Holsteinische Aufstand von 1848 an sich trug. Der Verfasser stand damals sehr vereinzelt mit dieser Anschauung auch unter seinen politischen Gesinnungsgeossen, ebenso wie im März 1848 diejenigen vereinzelt waren, welche dem damaligen Laumel im Princip widerstanden.

Es ist das große Verdienst Preußens, daß es damals, gemeinschaftlich mit Oesterreich, dem Revolutionschwindel die Waffen aus der Hand genommen hat. Nicht Augustenburgische Freischaaren, auch nicht die vom Augustenburgertum fortgerissenen Mittel- und Kleinstaaten, sondern die Armeen der Deutschen Großmächte haben den Krieg gegen Dänemark geführt, auf dessen Ursachen und Verlauf hier nicht näher einzugehen ist.

Gleichwohl setzte schon damals der Erbprinz von Augustenburg, ein 12. 5. 1866. Preussischer Offizier, in Holstein als Prätendent sich fest und gründete den „sogenannten Kieler Hof“. Oesterreich drang, sicherem Vernehmen nach, auf seine Entfernung. Aber ohne Erfolg. Seine Beschützer waren zu mächtig. Die klare und bündige Augustenburgische Entfagung und der Vertrag von London („Protokoll“ nannte man ihn, den Augustenburgern nachsprechend) wurde angezweifelt, und noch am 28. Mai 1864 — zwischen Düppel und Alsen — erklärten Preußen und Oesterreich in der Londoner Konferenz sich für den Erbprinzen als künftigen Souverän der vereinigten Herzogthümer, da er der Bestberechtigte in den Augen Deutschlands und seine Anerkennung von Seiten des Deutschen Bundes gewiß sei, er auch die unzweifelhaften Stimmen der immensen Mehrheit der Bevölkerung der Herzogthümer für sich habe.“¹⁾

„Das gesammte Europa weiß“ — sagt Oesterreich in der Note vom 8. Februar d. J.²⁾ — „daß die Bestrebungen, die heute in Holstein vorherrschen, dieselben sind, die zur Zeit der Gasteiner Convention und längst vor dieser Epoche bestanden und aus welchen der Widerstand der Herzogthümer gegen Dänemark seine Kraft schöpfte.“

Jetzt freilich hat Preußen mit Recht und zum Heile Deutschlands jene Aeußerung in London zurückergriffen. Preußen erkennt die Augustenburgische Entfagung als rechtsbeständig, den Londoner Vertrag als verbindlich und König Christian als legitimen Nachfolger König Friedrichs auch in den Herzogthümern an und gründet auf diese Basis den Preussisch-Oesterreichischen Besitztitel an diesen Ländern. Zugleich bekennet es sich, ebenfalls mit Recht, zu seiner Pflicht gegen Deutschland, nicht zu dulden, daß ein Basallenstaat der Deutschen Demokratie den Norden von Deutschland abschließe.

Auf diesem guten Wege der besseren Einsicht und des Rechts hätte Oesterreich Preußen folgen und das schwierige Verhältniß zu Preußen nicht durch Begünstigung des Augustenburgertums verbittern sollen.

Alein sehr schwer ist Oesterreich diese Wendung gemacht worden.

Gleichzeitig mit der Abkehr Preußens von der Augustenburgischen Pseubolegitimität sprachen sich in Preußen die Annektionstendenzen aus, anfänglich mit gewissen Beschränkungen und leise, dann aber immer lauter und ohne Einschränkung. Es war kaum möglich, jene Abkehr und diese

¹⁾ Wörtlich: „La séparation complète des Duchés du Royaume de Danemarck et leur réunion dans un seul état sous la souveraineté du Prince héréditaire de Schl.-H. Augustenburg, qui peut non seulement faire valoir aux yeux de l'Allemagne le plus de droits à la succession dans les Duchés et dont la reconnaissance par la Diète Germanique est assurée en conséquence, mais qui réunit aussi les suffrages indubitables de l'immense majorité des populations de ces pays.“

²⁾ Bgl. Kreuzzeitung vom 10. April.

12. 5. 1866. Tendenzen nicht in Verbindung mit einander zu bringen. Die Annegions-tendenzen nahmen zum Theil einen fast wilden Character an. Ein christlich-conservatives Blatt¹⁾, dem als solchem Mäßigung vor andern Blättern wohl angedenken hätte, behauptete zuletzt eine „natürliche und geschichtliche Tendenz“ Preußens zum „Wachsthum, welcher eine Mission für Deutschland und Europa zum Grunde liege“, und welche bei Gelegenheit der Schleswig-Holsteinischen Fändel „allen Seiten mit gebieterischer, den Einzelwillen und Einzelgedanken überflügelnder Nothwendigkeit sich aufgedrungen“ habe, so daß „der Erwerb der Herzogthümer mit der Frage von der Existenz Preußens identisch“ sei, was nur das „von Affecten getriebne Auge Oesterreichischer Staatsmänner und der Neid und die Eifersucht des schon 1848 moralisch überholten Oesterreichs verkennen könne“, — Aeußerungen, die in eigenthümlichem Contraste stehen mit der gleichzeitigen Behauptung desselben Artikels: „jeder wirklich gute Preuße habe Oesterreichs Verlust der Lombardie mit eignem Schmerz mit erlebt und auch den Wiedergewinn in Oesterreichs Namen noch nicht aufgegeben“, — einer Behauptung, die besonders in diesem Augenblicke naiv klingt, wo über Oesterreichs Rüstungen in Venetien als gegen Preußen implicite mit gerichteter Beschwerde geführt wird. Conservative Blätter nennen den Widerstand gegen die Annexion „Abern-Unterverbindung Preußens“.

So stürmische Tendenzen, welche rücksichtslos die greifende Hand nach Holstein austrecken, das doch bis jetzt noch Gegenstand der Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich ist, mußten Oesterreich veranlassen, Stützpunkte seines bedrohten Mitbesizes in Holstein zu suchen, und diese fand es baselbst nur im Augustenburgerthum. Es ist möglich, daß Oesterreich noch der Meinung ist, die es im Mai 1864 zusammen mit Preußen aussprach. Preußen wenigstens wird dieses Beharren auf der noch vor kurzer Zeit gemeinsamen Ansicht mit Nachsicht zu beurtheilen haben. Aber auch abgesehen hiervon ist es zweifelhaft, ob es einen Staatsmann in Europa giebt, der, so bedroht, dennoch gewissenhaft genug gewesen wäre, einen solchen Stützpunkt von vorn herein von der Hand zu weisen; Preußen hat in Schleswig Augustenburgische anti-annexionistische Kundgebungen mit schweren Strafen bedroht, während es die annexionistischen Kundgebungen in Holstein billigend annimmt. Und doch verhalten diese sich eben so wie jene zu dem gemeinschaftlichen Besitze.

Dem berechtigten Preußischen Verufe der Wachtentfaltung in Deutschland steht der eben so berechnete Oesterreichische Verufe der Wachteerhaltung in Deutschland gegenüber. Dieser Dualismus ist der lebendige Grundcharacter, die reale Basis der Verfassung von Deutschland. Er hat seit dreihundert Jahren mehr und mehr sich ausgebildet und befestigt und ist nach der glorreichen Befreiung von Deutschland 1815 durch feierliche Verträge besiegelt worden. Er hat Deutschland fünfzig Jahre Frieden

¹⁾ Siehe das „Volkssblatt für Stadt und Land“ vom 14. April 1866.

und blühenden Wohlstand und — wie fast nie früher — Freiheit von 12. 5. 1866. fremder Einmischung verschafft. Deutschland ist nicht mehr Deutschland, wenn Preußen fehlt oder wenn Oesterreich fehlt. Darum ist Preußens Ehre und Macht ein Kleinod nicht bloß Deutschlands, sondern auch Oesterreichs, und Oesterreichs Ehre und Macht ein Kleinod Preußens. Jede Wunde Preußens ist aber auch eine Wunde Oesterreichs und jede Wunde Oesterreichs eine Wunde Preußens. Krieg zwischen Preußen und Oesterreich wäre ein so grundverderblicher Krieg, daß das materielle Unheil, welches jeder Krieg nach sich zieht, Herrüttung des Wohlstandes, der Gewerbe, der Finanzen u. s. w. dabei kaum in Betracht käme. Es wäre ein Krieg, der Deutschland, der insbesondere Preußen und Oesterreich in ihren wesentlichen Lebensorganen schmer, vielleicht tödtlich beschädigte, welcher Theil auch als Sieger daraus hervorginge, — ein Krieg, ähnlich dem Kriege, welchen Preußens weiser Entschluß in Olmütz von uns abwendete, als unser Sieg mit viel ärgerem Verderben als unsere Niederlage uns bedroht hätte, nämlich mit dem Versinken in die Revolution. Die Italiensche Revolution Preußens Allürter, — Venetien, Ungarn, Galizien der Deutschen Herrschaft entrisßen, — Intervention Frankreichs und Rußlands, — Disposition dieser Mächte, wie 1802, über Deutsche Lande, — Louis Napoleon wie Italiens so auch Deutschlands Lehnsheer, — das sind Ausflüchten, deren Realisirung nahe liegt, auch wenn kein Unfall die Preussischen Waffen trifft. „Morituri te salutant“ (als Sterbende begrüßen wir Dich), so sollen, nach Sueton, Gladiatoren den Kaiser Claudius angerebet haben, als sie zu seiner Belustigung einander zerfleischen sollten. Ein Berliner Blatt bilbet zwei solcher Gladiatoren (Preußen und Oesterreich) ab, wie sie mit diesen Worten vor dem Thron des freundlich lächelnden Imperators in Paris sich verneigen.

Der Deutsche Bund hat große Mängel, — aber ich zertrümmere meine Familie oder mein Vaterland nicht deshalb, weil sie Mängel haben. Die wesentlichsten Mängel des Bundes sind die Mängel Preußens und Oesterreichs selbst. Ein süddeutscher Demokrat hat einmal gesagt: wenn nur Preußen und Oesterreich nicht wären, so würde es wohlstehen um den Bund — als ob Jemgub sagte: um diese Ehe würde es wohlstehen, wenn nur Mann und Frau nicht wären. Preußen und Oesterreich sind der wesentliche Inhalt des Bundes. Als erst Oesterreich, dann Preußen, im März 1848 fielen, fiel auch der Bund. Als sie 1860 wieder aufgestanden und zur Besinnung gekommen waren, stand auch der Bund wieder auf und kam zur Besinnung. Das erste Bedürfniß des Bundes, die Vorbedingung seiner Reform, ist, daß Preußen und Oesterreich, jedes in seinem Innern alles Revolutionswesen besiege und Freiheit und Recht realisiere, womit Preußen in den letzten drei Jahren einen guten Anfang gemacht hat. Tritt dann noch Einigkeit, bethätigt durch gemeinsames Handeln, Preußens und Oesterreichs in Deutschland im Sinne der Preussischen Note vom 26. Januar d. J., d. i., wie diese Note sich ausdrückt: im Sinne „des

12. 5. 1866. *Kampfes gegen die Revolution als den gemeinsamen Feind*", hinzu, so würde *Machtentfaltung und Bundesreform* den beiden *Großmächten* in den Schooß fallen.

„Oestreich Preußen Hand in Hand,
Sonst Deutschland außer Rand und Band.“

Preußen braucht um seine *Machtentfaltung* nicht besorgt zu sein. Wo *Macht* mit *Gerechtigkeit*, *Mäßigung*, *Weisheit* und *Muth* gebraucht wird, da entfaltet sie sich ihrer *Natur* nach.

Wie kräftig hat *Preußens Macht*, — sein *Ansehen* in ganz *Europa*, — sich entfaltet in den drei letzten Jahren dadurch, daß das *selbständige Preussische Königthum* den *feindlichen Parteien* in *Preußen* kühn und erfolgreich die *Spitze* geboten hat. *Wleiben wir* auf diesem durch die *Erfahrung* bewährten *Wege*.

Ganz *Deutschland* ist *Preußens* und *Oesterreichs* *Machtgebiet*. Beide haben auf diesem großen *Machtgebiete* vollkommenen *Platz* neben und mit einander. Sie müssen nur *einig* sein. *Gerechtigkeit*, *Mäßigung*, *Weisheit*, *Einigkeit* — das sind die *treibenden Lebenskräfte* ihrer *beiderseitigen Machtentfaltung*. *Einigkeit* *Preußens* und *Oesterreichs* über die *Nothwendigkeit* und den *Plan* des *Kampfes* gegen die *Revolution* — diese schönen Worte der *Preussischen Note* vom 26. *Januar* d. *J.* stellen *Machtgebiete*, *Europäische Machtgebiete*, noch *unbezwungene Machtgebiete* uns vor *Augen*, vor denen die *Herzogthümerfrage* ins *Kleinliche* sich verliert. *Wenn* aber *Preußen* seit 1848 in *buntem Wechsel* aus *Revolution* in *Reaction*, aus *Frankfurt* und *Erfurt* nach *Olmütz*, aus *Reaction* in *neue Aera* geschwankt, und erst vor drei Jahren aus der *neuen Aera* *heraustretend*, wieder *festen Fuß* gefaßt hat im *Bewußtsein* der *Selbständigkeit* seines *Königthums*, und wenn noch jetzt *Preußen* so *zerfallen* ist in seinem *Innern*, daß es kein *Etatsgesetz* zu *Stande* bringt, so muß alles dies seine *Machtentfaltung* vorläufig noch *hemmen*.

Aus solcher *gemeinsamen Machtentfaltung* hat auch die *Bundesreform* sich zu *erbauen*. Es ist kein *Nachtheil* für den *Kleinen*, den *Großen* zum *Nachbar* und *Bundesgenossen* zu haben. *Gott* hat beide *geschaffen*. Das aber ist vom *Uebel* und unter *Umständen* *unerträglich*, es ist auch den *besten Interessen* der *Mittleren* und *Kleinen* *zuwider*, wenn *Recht* und *Pflicht* nicht in dem *wahren Verhältnisse* zur *Macht* *vertheilt* ist, und nach einer *Organisation* dieser *richtigen Vertheilung* hat die *Bundesreform* zu *streben*.

Die *Herzöge* von *Württemberg*, *Weimar* und *Braunschweig*, die *Fürsten* von *Anhalt* u. *s. w.* hielten es im *vorigen Jahrhundert* nicht für eine *Erniedrigung*, sondern für eine *hohe Ehre*, den *Preussischen Königen* zu *dienen*. Mehrere derselben *erstiegen* in diesem *Dienste* *Stellungen* in *Deutschland* und *Europa*, auf welche keiner der *heutigen mittleren* und *kleinen Deutschen Fürsten* *hinabsehen* kann, sondern zu *welchen* die *meisten*

von ihnen vielmehr hinauffehen müssen, zumal wenn sie, wie es 1848 12. 5. 1866. landüblich war, ihrer eigenen Untertanen sich nicht erwehren können.

Was soll aber nun aus den Herzogthümern werden, wenn kein Krieg? — dieser Frage ist der Verfasser dieses Aufsatzes gewärtig.

Ist der Prätendent einmal beseitigt, so ist es natürlich, daß Preußen die Herzogthümer erhalte, was ja jetzt die dortigen Conservativen auch wollen. Oesterreich will in Norddeutschland sich nicht vergrößern. Es hat an sich kein Interesse dabei, Holstein, — gewissermaßen einen verlorenen Posten, mehr ein Moment der Schwäche als der Stärke, — gegen Preußen zu behaupten. Preußens solide Freundschaft, wenn sie irgend auf die Dauer gewährt werden könnte, (— nicht Allianz, nicht Garantie; wir sagen nur: Freundschaft —) hat einen viel höheren Werth für Oesterreich als die Herzogthümer. Aber Oesterreich fürchtet mit Recht für seine Ehre und für seine Gesamtstellung in Deutschland — diese ist die wesentliche Basis seiner Macht in seinen tieferschütterten außerdeutschen Landen — mithin für seine Existenz, wenn es die Herzogthümer sich abbringen oder abdrohen ließe. Also worauf es zuerst ankommt zur Lösung dieser Frage, was aus den Herzogthümern werden soll, ist, daß Preußen und Oesterreich die Herstellung der Einigkeit und Freundschaft unter einander suchen. Dann wird ein Vergleich nicht schwer sein. Bis jetzt ist nicht bekannt geworden, was Preußen für Holstein geboten hat. Daß Geld geboten worden, wird neuerdings in Abrede gestellt. Zunächst wird also das Gasteiner Interim fort dauern. Es hat dies wohl seine Inconvenienzen, doch nur solche, die gegen die colossalen Uebel eines Krieges zwischen Preußen und Oesterreich nicht in Betracht kommen. Die Könige von Preußen haben die precäre Stellung ihres Neuenburg von 1815 an mitten in den Schweizer Wirren und selbst, nachdem die Revolution sie 1848 außer Besitz gesetzt, ertragen bis 1856, wo Preußen fast zum Kriege darüber gedrängt wurde, nicht um Neuenburg zu behaupten, sondern um es mit Ehren los zu werden, wie es auch geschehen ist. Das Interim ist für Preußen um so erträglicher, da ihm die zunächst wesentlichsten Rechte an Kiel u. s. w. eingeräumt sind.

Mitten unter dem Waffengeklirr der Rüstungen bringt Preußen am Bunde die Bundesreform und ein Parlament aus dem allgemeinen Stimmrecht in Antrag.

Hüten wir uns einerseits vor voreiligen Urtheilen. Der Plan ist noch nicht einmal in seinen Hauptumrissen erkennbar. Die jetzige Preussische Regierung hat bisher Anspruch gehabt auf unser Zutrauen dem Parlamentswesen gegenüber durch ihre nun mehr als drei Jahre umfassende standhafte und tapfere Haltung. Halten wir aber andererseits die Augen offen und lassen wir keine Wahrheit, kein Princip fahren auf Grund des Zutrauens zu unserer Regierung. Das allgemeine Stimmrecht ist der politische Bankerutt, — statt lebendiger Rechtsverhältnisse und politischer Gebanten, statt concreter Persönlichkeiten nur Biffern und Abditions-

12. 5. 1866. *Exempel.* Wir möchten nicht wagen, Deutschland so schlechtthin für politisch bankerrutt zu erklären. Ist man aber bankerrutt, so erfordert die Ehrlichkeit, daß man sich auch für bankerrutt erkläre. Haben wirklich alle soliden politischen Substanzen Deutschlands — Adel, Stände, Obrigkeiten, Corporationen aller Art — ihre politische Nullität in vollem Maße überzeugend dargethan, — verdienen für die Composition eines Parlaments, wo Deutschland als solches zu Worte kommen soll, auch die Deutschen Fürsten nicht mehr beachtet zu werden, aus deren Ernennungen doch die ersten Kammern oder Herrenhäuser hervorgehen, — ist Deutschland nur noch eine Kopfszahl — die selbst für den Werth der edleren Thiere kein genügender Maßstab ist, — wir sagen dies alles nicht — nun, so bleibt zunächst keine andere Organisation übrig, als die Organisation des Krieges der politischen Parteien als solcher, und an dieses edle vaterländische Werk haben wir dann ungefümt Hand anzulegen.

An den drei Classen ist jedenfalls wenig verloren, und die einfachere directe Wahl mag ihre Vorzüge haben vor der künstlichen indirecten Wahl. Hauptsächlich wird es, wenn dieses Parlament je zusammentritt, auf die Haltung der Regierungen ihm gegenüber ankommen.

Weniger Gewicht möchte auf die Bestimmung der Competenzen des Parlaments zu legen sein. Solche Versammlungen pflegen durch ihre bloße Existenz sich Competenzen zu erobern.

Festzuhalten wird unter allen Umständen sein, daß das gegenwärtige Bundesrecht die Basis der Reform sei, und man keine Phantasie-Bauten versuche, wie 1848 und 1849 in Wien, Berlin, Kremsier und Frankfurt und 1850 in Erfurt mit so kläglichem Erfolge geschehen ist. Wie kann der hoffen, neues Recht zu machen, der das alte nicht achtet? Mit Recht haben Baiern und Sachsen an die großen Leistungen der jetzigen Bundesverfassung im Laufe eines halben Jahrhunderts in ihren Notizen erinnert. „Niemand kann bestreiten,“ — sagt treffend die Baiertische Note vom 31. März, vergl. Kreuz-Zeitung vom 12. April, — „daß der Bund über Deutschland einen Segen verbreitet hat, der vorher in der ganzen Deutschen Geschichte ohne Beispiel war. Fünfzig Jahre des innern Friedens, fünfzig Jahre, in denen Niemand gewagt hat, Deutschland anzugreifen, in denen kein fremdes Heer den Deutschen Boden betrat, fünfzig Jahre der Entwidlung und Blüthe aller geistigen, sittlichen und materiellen Interessen, welche endlich die Wunden des dreißigjährigen und der späteren Kriege heilten, — das sind die Erfolge des Bundes, das sind die Verdienste Oesterreichs und Preußens, der beiden Grundpfeiler des Bundes, um die Deutsche Nation.“

Unter keinen Umständen ferner sollte das projectirte Parlament eröffnet werden, ehe Preußen und Oesterreich wesentlich einig sind über die Propositionen und über ihre Haltung dem Parlamente gegenüber. „Der Augenblick des häuslichen Zwists“ — sagt die Sächsische Note vom 6. April — „ist nicht der, wo die Familie ein neues Haus baut.“ Eine

Preßion aber, ausgeübt mittelst des Kopfzahl-Parlamentes von der einen 12. 5. 1866. Deutschen Großmacht auf die andere, ist nicht allein ein grundrevolutionärer Versuch, sondern ein solcher grundrevolutionärer Versuch, der das Herz Deutschlands und zugleich das Herz Preußens und Oesterreichs tief verwundet.

Doch — alles dies gehört einer ungewissen Zukunft an.

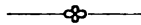
Der Stadtgerichtsrath Twesten freilich zieht jetzt schon ein Facit. Er sagt — am 19. April d. J. nach Zeitungs-Berichten —: die Zersetzung der conservativen Partei sei ein „sehr großes Verdienst“ des Grafen Bismarck. Nach ihm werde es in Preußen keine conservative Partei mehr geben. Alle ihre Principien werfe sie jetzt über Bord; nur der nackte Bureaukratismus bleibe übrig. Das Bündniß mit Oesterreich, die Entzweiung gegen Cabour und den „Räuberkönig“, Alles sei aufgegeben. Statt dessen „schüre sie unter des Grafen Bismarck Regide den Krieg gegen Oesterreich im Bunde mit Victor Emanuel“ — Alles, um nur „durch Graf Bismarck regieren“ zu können.

Lassen wir uns diese Rede zur Warnung dienen. Kein Staatsmann findet in einer Zeit, die so reich an Gegensätzen ist, wie die unfrige, Hülfe bei einer Partei, die blind mit ihm durch Dick und Dünn geht. Stützen kann ich mich nur auf das, was Widerstand leistet. Halten wir daher fest an unsern erkannten Wahrheiten, am meisten an deren göttlichem, ewigem Inhalte.

Herr Twesten sagt weiter: „Wenn noch einige von der alten Garde sich finden und hin und wieder vor illegitimen Gelüsten nach fremdem Eigenthum warnen und Preußen im alten Geleise mit Oesterreich zu halten suchen, wie der alte Rundschauer der Kreuzzeitung, so bringt man sie zum Schweigen.“

Daß Herr Twesten hierin irrt, beweist dieser Aufsatz. Widerlegen wir nun auch seine Prophezeiungen des Unterganges der conservativen Partei, indem wir uns rüsten zu vaterländischen Thaten in Gott gethan.

Geschrieben am 5. Mai 1866.



26.

Sechs Briefe Bismarcks an v. d. Heydt.

1866. 1868.

I.

Brünn, 15. Juli 1866.

Ew. Excellenz haben in Ihrem gefälligen Schreiben vom 15. 7. 1866. 9. d. Mts. an mich des üblen Eindrucks erwähnt, welche die neuen Klagen gegen Twesten machen, und den Wunsch aus-